

Denk-Anstöße 2005

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Ausgabe Januar 2005

Schieflage

„Die Schieflage ist so extrem, dass es einem den Atem verschlägt.“ Mit diesen Worten hat der Präsident des Bundesrechnungshofs die Haushaltspolitik der Bundesregierung kritisiert. Die Neuverschuldung führe schon in wenigen Jahren dazu, dass die Zinsausgaben doppelt so hoch sein werden wie die Investitionen. Allein für Zinsen und Soziales habe der Bund 2004 86 % seiner Steuereinnahmen ausgegeben. Trotz der „dramatischen Lage“ seien 2003 staatliche Gelder in Höhe von 2,4 Mrd. EUR verschwendet worden. Am Rande bemerkt: Durch Umsatzsteuerbetrug ist im vergangenen Jahr ein Schaden von bis zu 21 Mrd. EUR entstanden. Wieso ist ein derart kapitales Problem nicht lösbar ?

Gute Stimmung

Die Stimmung in der rot-grünen Bundesregierung sei deutlich besser als die Lage im Land, meint der „Spiegel“. Probleme würden nicht beseitigt, sondern verschleiert – und damit in eine ferne Zukunft verschoben. „Die Regierung behauptet einfach, dass es wirtschaftlich im nächsten Jahr besser läuft, als es selbst die von ihr beauftragten Forschungsinstitute erwarten. So kann sie für das kommende Jahr höhere Einnahmen einplanen und den Rentenbeitrag stabil halten. Das Prinzip Hoffnung wird zum Leitmotiv der offiziellen Regierungspolitik erhoben“. Der Philosoph Sloterdijk hat mit Blick auf die regierenden 68er angemerkt: „Die verwirrte Generation kann nur Verwirrung weitergeben.“

Papiertiger

Offenbar hat sich nicht nur Griechenland, sondern auch Italien mit gefälschten Budgetzahlen den Beitritt zum Euro ermöglicht. Der europäische Stabilitätspakt sieht bezeichnenderweise nur Sanktionen gegen die Länder vor, die die Kriterien nicht einhalten, nicht aber gegen Länder, die wissentlich falsche Zahlen nach Brüssel melden. Dass es sich bei dem gesamten Konstrukt um einen Papiertiger handelt, zeigt auch der äußerst pflegliche Umgang der EU mit den notorischen Neuverschuldungssündern Deutschland und Frankreich. Da passt es ins Bild, dass die EU-Osterweiterung vollzogen wird, obwohl derzeit keines der 10 neuen Beitrittsländer alle Kriterien für die Euro-Einführung erfüllt.

Armer Vetter

Obwohl die deutsche Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung inzwischen 1% unter dem Durchschnitt der bisherigen 15 EU-Länder liegt, ist keine Regierungsinitiative erkennbar, um dem Abstieg vom „reichen Onkel“ zum armen Vetter fiskalpolitisch

Rechnung zu tragen. Mit einer Nettoleistung von 67,5 Mrd. EUR haben die Deutschen von 1997 bis 2004 sechsmal so viel in die EU-Kassen bezahlt wie die Franzosen. Diese Entwicklung trägt beispielsweise dazu bei, dass der heutige Wirtschaftsboom in Ländern wie Irland und Spanien mit deutschen Geldern angeheizt wird, während Deutschland selbst immer weiter zurückfällt.

Trendwende

Während auf politischer Bühne oft heldenhaft um Themen und Positionen von gestern gestritten wird, zeichnet sich in den Betrieben eine nachhaltige Trendwende hin zur wirtschaftlichen Vernunft ab. Offenbar setzt sich die Erkenntnis durch, dass der fortschreitende Export von Arbeitsplätzen zu neuen Konzepten und Strukturen zwingt. Viele Betriebsräte beweisen, dass Mitbestimmung auch Mitverantwortung ist. Bei den Machern weiß man, dass die 40-Stunden-Woche schon bald allgemeine Realität in Deutschland sein wird.

Ohne Schwung

Die Konjunktur sei immer noch kein Selbstläufer, hat der Bundesbankpräsident festgestellt. Für 2005 erwartet er ein Wachstum von 1,3 %. Gleichwohl bleibe der Arbeitsmarkt die „Achillesferse“ der deutschen Wirtschaft. Die Erholung werde auch 2005 „nicht beim Konsumenten ankommen“. Der Sachverständigenrat erwartet für dieses Jahr in Deutschland einen realen BIP-Anstieg um 1,4 %. Damit bliebe die Bundesrepublik weiterhin Schlusslicht unter 24 Industrienationen. Selbst diese schwache Belebung könnte durch Dollar- und Energiepreis-Entwicklung gefährdet werden.

F&E auf der Kippe

Als massive Gefahr für den Innovationsstandort Deutschland bezeichnet der Regierungsbericht zur technologischen Leistungsfähigkeit den absehbaren Mangel an Naturwissenschaftlern und Ingenieuren. Seit Mitte der 90er Jahre ist offenkundig am Bedarf vorbei ausgebildet worden. Insgesamt sehen die Fachleute Forschung und Entwicklung in der deutschen Wirtschaft „auf der Kippe“. Ein Trendbruch sei nicht auszuschließen. Vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen sei F&E auf dem Rückzug. Die Innovationsexperten empfehlen der Regierung, über Steuervergünstigungen neue Impulse zu setzen.

Gnadenlose Perspektive

Im Jahr 2003 haben weltweit fast 3 Mrd. Menschen gegen Bezahlung gearbeitet. Rund 1,4 Mrd. davon verdienten täglich weniger als zwei Dollar. Nach ILO-Angaben waren darüber hinaus 186 Mio. Arbeitslose gemeldet. Sicherlich geben derartige Zahlen allen Anlass, um die anstehenden Probleme innerhalb der Industrieländer zu relativieren. Andererseits zeigen sie aber auch auf, welche Potenziale an „billiger Arbeit“ im Zeitalter der Globalisierung heranwachsen.

Ausgabe Februar 2005

Wie es Euch gefällt

Selten ist Deutschland mit so uneinheitlichen Konjunkturprognosen ins neue Jahr gestartet. Die Wachstums-Bandbreite reicht von 1,7 % (Bundesregierung) über 1,2 % (ifo) bis 0,8 % (ifW). Der BGA rechnet mit nachlassender Dynamik im Außenhandel.

Die „Wirtschaftswoche“ schließt sogar eine Rezession nicht aus. Vor diesem Hintergrund überrascht die Januar-Prognose des Instituts der deutschen Wirtschaft, die ein BIP-Wachstum von 2 % für möglich hält. Der offen ausgetragene Meinungsstreit im Sachverständigenrat erscheint daher nur symptomatisch. Komplette Verwirrung wird die allgemeine Verwirrung werden, wenn das Statistische Bundesamt die BIP-Berechnung im April in Anlehnung an EU-Richtlinien auf eine neue Methodik umstellen wird.

Zahlen und Realitäten

Im Dezember 2004 ist die (offizielle) Arbeitslosigkeit mit 4,46 Mio. auf den höchsten Stand seit 1997 gestiegen. Auch hier hat statistische Gestaltung zu kosmetischen Effekten geführt. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Austermann hat eigene Berechnungen vorgelegt, denen zufolge sich die Arbeitslosigkeit hierzulande unter Einbeziehung aller aus der Statistik ausgegliederten Problemgruppen auf die 10 Mio.-Grenze zubewegt. Clement erwartet erst für 2006 eine „kräftige Trendwende“.

Eher schlecht

Deutsche Top-Manager bewerten die heimische Standortqualität erheblich kritischer als ihre Kollegen aus Großbritannien, Frankreich und Italien. Zwei Drittel bezeichnen die Wettbewerbsbedingungen hierzulande als „schlecht“ oder „eher schlecht“. Zum Vergleich: In Großbritannien zeigt sich eine große Mehrheit von 77 % zufrieden mit dem nationalen Umfeld. Die überwiegende Skepsis in Deutschland schlägt sich in einer deutlich stärkeren Zurückhaltung der Unternehmen bei Investitionen und Neueinstellungen nieder.

Zunehmend pragmatisch

Im unternehmerischen Mittelstand hat sich – einer Umfrage zufolge - die Stimmung gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert. Die Betriebe versuchen, dem wachsenden Kostendruck durch Verlängerung der Arbeitszeiten zu begegnen. Schon in 63 % der befragten Unternehmen beträgt die Wochenarbeitszeit 40 Stunden und mehr. Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen scheitern häufig an fehlendem Eigenkapital und/oder der restriktiven Kreditpolitik der Banken. Hoffen lässt dagegen die zunehmend pragmatische Haltung der Belegschaften und Betriebsräte zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland.

Hauptsache populär

Aus gutem Grund haben die Wirtschaftsverbände vor einer Reduzierung des Reformtempos gewarnt. Der Arbeitgeberpräsident bezeichnet Schröders Aussage, mit der Arbeitsmarktreform das Möglichste zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit getan zu haben, als „fatale Fehleinschätzung“. Das Land stehe nicht am Ende, sondern am Anfang notwendiger Veränderungen. Vieles spricht jedoch dafür, dass Rot-Grün mit Blick auf Landtags- und Bundestagswahlen alles vermeiden wird, was die fortschreitende Erholung der demoskopischen Werte beeinträchtigen könnte. Das Buhlen um kurzfristige Popularität ersetzt aktive Zukunftsgestaltung.

Gläserne Bürger

Am 1. April 2005 soll das Bankgeheimnis in Deutschland nach dem Willen der Bundesregierung zur Makulatur werden. Das „Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit“ eröffnet Finanz- und Arbeitsämtern vollständigen elektronischen Zugriff auf Konten und Depots aller Steuerzahler. Auch ohne richterliche Erlaubnis und Information der Betroffenen soll der Fiskus die Bundesbürger bespitzeln können. Die

ansonsten omnipräsenten Datenschützer der Republik scheint diese einschneidende Weichenstellung hin zum gläsernen Bürger und zum Überwachungsstaat nicht zu stören. Orwell lässt grüßen. Nur das Bundesverfassungsgericht kann diesen schwerwiegenden Eingriff in elementare Grundrechte noch stoppen.

Strategiewechsel

Die Strategie der einen oder anderen Großbank spiegelt in den letzten Jahren soviel Kontinuität und Berechenbarkeit wider wie die Ziehung der Lottozahlen. Wurden noch vor nicht allzu langer Zeit private Normalkunden und kleine Firmen systematisch zu den Direktbanken abgeschoben, so dämmert jetzt die Erkenntnis, dass nur mit Private Banking für Millionäre sowie mit Investmentbanking die ambitionierten Renditeziele nicht erreichbar sind. Doch vermutlich leiden nur wenige der abgeschobenen und nun wieder umworbenen Ex-Kunden unter Gedächtnisschwund.

Kulturnation

Viele Abiturienten kennen deutsche „Klassiker“ wie Goethe und Schiller nur noch vom Hörensagen, nicht vom Unterricht her. Angesagt sind stattdessen zeitgenössische Autoren, deren Halbwertszeit mitunter fraglich erscheint. Vom 68er-Geist beseelte Kultusministerial-Bürokraten haben zumindest in puncto Lehrplanbereinigung ganze Arbeit geleistet. Wo schon der Begriff der Kulturnation als politisch unkorrekt empfunden wird, verkümmert das Gefühl für qualitative Prioritäten. Erstaunlich, was sich hierzulande Eltern und auch Lehrer – ohne erkennbare Gegenwehr – bieten lassen.

Ausgabe März 2005

Ursache und Wirkung

Eine internationale Vergleichsstudie hat ermittelt, dass derzeit nur 25 % der Deutschen voller Zuversicht in die Zukunft blicken. Einige Medien haben daraus flugs den Schluss abgeleitet, die Deutschen seien „Weltmeister im Jammern“. Tatsächlich sahen sich die Bundesbürger vor allem in den letzten beiden Jahren einer zuvor nicht gekannten Fülle (objektiv) schlechter Nachrichten ausgesetzt, die allen Anlass zur Sorge geben. Wer den gegenwärtig verbreiteten Pessimismus als Grundübel zu identifizieren glaubt, verwechselt Hamlet mit Kotelett. Das Stimmungsbild ist vorrangig durch den Eindruck geprägt, dass „die Politiker“ das Notwendige nicht tun wollen oder können. Und die Mixtur von Reformverweigerung und Reformunfähigkeit macht in der Tat Angst. Es hilft nichts, über Konsumverweigerung zu lamentieren. Das einzig wirksame Rezept, die Menschen wieder zuversichtlicher zu stimmen, besteht in einer überzeugenden und langfristig konzipierten Reformpolitik.

Brutto und Netto

Die 1,6 %ige Inflationsrate hat 2004 zu einer partiellen Enteignung bei Millionen deutscher Sparer geführt. Die nur noch marginalen Habenzinsen sichern nicht einmal den Erhalt der Vermögenswerte. Und viele Arbeitnehmer, die sich zunächst über Brutto-Lohnzuwächse freuten, (ver)zweifeln mittlerweile am System. Ein demotivierendes Zusammenwirken von Steuern, Abgaben und Preiserhöhungen führt oft zu realen Kaufkrafteinbußen. Gleichzeitig beanstanden die Unternehmen die rückläufige Wettbewerbsfähigkeit infolge der im internationalen Vergleich zu hohen

Lohn- und Lohnnebenkosten. Der aus den Fugen geratene Sozialstaat bringt Arbeitnehmer wie Arbeitgeber zunehmend in Bedrängnis. Prof. Eberhard Hamer hat diese Situation so beschrieben: „In Deutschland hat sich ein Sozialfeudalismus entwickelt, in dem ganze Armeen hoch versorgter Sozialfunktionäre drei Viertel aller privaten Haushalte mit irgendwelchen Sozialleistungen beglücken, betreuen, verwalten, gängeln und beherrschen“. Und in der Tat: Ein Sozialsystem, das seine Financier an die Wand drängt, gefährdet seine Grundlagen. Überfällig ist eine Koalition der Vernunft zwischen Wirtschaft und Arbeitnehmern, die den Zug der Lemminge stoppt.

Rechte Tasche, linke Tasche

Die deutschen Sozialsysteme verschlingen über ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts. Es gibt derzeit 140 steuerfinanzierte Sozialleistungen. Bund, Länder und Kommunen geben mittlerweile 56,5 % ihrer Einnahmen, also über 560 Mrd. EUR für Soziales aus. Einer Geringverdiener-Familie mit zwei Kindern, die ein Einkommen von 700 EUR brutto hat, bringt eine Erhöhung des Bruttolohns um 1.000 EUR ganze 26 EUR mehr netto ein, wenn man die bei höherem Einkommen niedrigeren Sozialleistungen einrechnet. Ein gigantischer Umverteilungsapparat mit hohen Bürokratiekosten und niedrigem Wirkungsgrad führt das kaum noch zu überschaubarem Sozialleistungssystem ad absurdum. Das Institut für Wirtschaftsforschung dazu: „Unser Sozialstaat wird die nächsten zehn Jahre nicht mehr überstehen.“ Und das ifo-Institut warnt vor dem Kollaps der Staatsfinanzen. Die Bundesregierung lehnt sich zufrieden zurück angesichts ihrer demoskopischen Wiedergeburt.

Master ohne Plan

In den letzten beiden Jahren sind 280 neue Gesetze und 903 Rechtsverordnungen in Kraft getreten (worden). Die Steuergesetze sind seit Amtsantritt von Rot-Grün 227 mal geändert worden. Die Steuerberaterkammer stellt dazu fest: „Das macht Unternehmen wie Steuerberatern eine verlässliche Planung so gut wie unmöglich.“ Wieder einmal bestätigt Clement als Herr der Masterpläne seinen Ruf als Ankündigungsminister.

Glaubwürdigkeit

Nur drei Prozent der Wähler sehen – einer Umfrage zufolge – ihre Interessen noch gut vertreten durch die Abgeordneten. Die allgemeine Politikverdrossenheit hat auch wegen der bekannt gewordenen Fälle dubioser Nebentätigkeiten einen desaströsen Gipfel erreicht. Dass Abgeordnete, die auf der Pay-roll von Konzernen stehen, zumindest Gewissenskonflikten ausgesetzt sind, ist unstrittig. Besonders eindrucksvolle Fensterreden für „völlige Transparenz“ hat der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Gabriel gehalten, bis ihm eigene Verfehlungen nachgewiesen worden sind. Auch die Diskussion über die Einführung von Studiengebühren wirft erhebliche Glaubwürdigkeitszweifel auf. So will der „Spiegel“ wissen, dass die SPD ihren vehement erklärten Widerstand nach den Landtagswahlen in Kiel und Düsseldorf aufgeben wird.

Souverän

Wie ein Leuchtturm agiert in der gegenwärtigen Zeit der Irrungen und Wirrungen der Bundespräsident, der das Land nach innen und außen ebenso glaubwürdig, unpathetisch und souverän repräsentiert. Wahrscheinlich wirkt Köhler gerade deswegen besonders überzeugend und ungebrochen, weil er nicht die übliche

Ochsentour eines Politikers absolvieren musste. Die unkonventionelle und unbefangene Art, auch unpopuläre Themen im Klartext anzusprechen, findet breite Zustimmung in der Bevölkerung. Sein Amt als „Staatsnotar“ lässt (leider) kaum Spielraum für eine aktivere Rolle bei der Überwindung des Reformstaus.

Ausgabe April 2005

Aussitzen

Polit-Skandale werden von den leidgeprüften Bundesbürgern nur noch oberflächlich und eher achselzuckend zur Kenntnis genommen. Der Regierungsbeauftragte für deutsch-amerikanische Zusammenarbeit unter Spionageverdacht, ein früherer Ministerpräsident und ein Parteigeneral mit erstaunlichen Nebeneinkünften, der Vize-Kanzler im Strudel der Visa-Affäre – Skandale haben im schnellebigen Medienzeitalter kaum noch die Chance, ins individuelle Bewusstsein vorzudringen, weil die Verweildauer in den Schlagzeilen durch nachrückende Affären limitiert ist. Fatalerweise scheint man sich in Politikerkreisen zunehmend auf diese Abläufe zu verlassen.

Wahrhaftigkeit

„Politische Verantwortung für Skandale und Affären hieß früher, nach dem ungeschriebenen Ehrenkodex der Politik, nur eines: Rücktritt. In grauer Vorzeit, vor der Ära der Grünen. Heute wird daraus eine Brandmauer zur Abwehr persönlicher Verantwortung. Ein kalter Putsch gegen den Ehrenkodex.“ So kommentiert der Stern Fischers peinliches Taktieren in der Visa-Affäre. Angeblich ist allein durch Schwarzarbeit von GUS-Bürgern ein volkswirtschaftlicher Schaden von mindestens 10 Mrd. EUR entstanden. Vor diesem Hintergrund bestätigt der Grünen-Vorstand Fischer in servilem Ritual als „Leitfigur“ – und verhindert mit Blick auf die NRW-Wahl seinen Auftritt vor dem Untersuchungsausschuss. Und Fischer selbst lässt sich zu folgender demaskierenden Aussage hinreißen: „Der Ausschuss zwingt mich zur Wahrhaftigkeit. Ich muss jetzt sehr vorsichtig sein.“

Im Teufelskreis

Die amtierende Bundesregierung ist offenkundig am Ende ihres (Reform-)Lateins und flüchtet in Aktionismus. Der Rekord bei Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung torpediert die Polit-Strategie, zunächst einmal die Bundestagswahl 2006 zu überleben. Zum vierten Mal in Folge dürfte mit einer Defizitquote von 3,6 % gegen die EU-Stabilitätskriterien verstoßen werden. Der konjunkturelle Aufschwung wird in diesem Jahr deutlich unter der regierungsamtlichen Prognose von 1,6 % bleiben. Wegen der niedrigeren Steuereinnahmen ist ein Nachtragshaushalt nur noch eine Frage der Zeit. Dadurch wiederum wird die Verschuldung der öffentlichen Haushalte weiter zunehmen.

Dichtung & Wahrheit

Das Institut für Weltwirtschaft rechnet für 2005 nur noch mit einem konjunkturellen Wachstum von 0,6 %. Auch die anderen Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Prognosen revidiert. Damit wird Deutschland im EU-Vergleich die rote Laterne behalten. Nur die Bundesregierung gibt vor, weiter an ihre BIP-Prognose von 1,6 % zu glauben. Schon heute steht fest: Ende des Jahres wird man die Nichteinhaltung mit externen Faktoren wie Dollarschwäche und Ölpreissteigerung zu entschuldigen

versuchen.

EU-Risiken

Erst sehr spät hat die Bundesregierung die Auswirkungen der EU-Dienstleistungs-Richtlinie erkannt, die unabsehbare Gefahren für die deutschen Arbeitnehmer birgt. Das Problem: Betriebe aus den neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten können zu ihren nationalen Arbeitsbedingungen hierzulande für deutsche Unternehmen tätig werden. Die Grenzen zwischen Dienstleistungen und illegaler Arbeitnehmerüberlassung sind offenkundig fließend. Nach neuesten Erkenntnissen haben bereits 26.000 deutsche Fleischarbeiter ihre Jobs an ausländische Billigkräfte verloren. Und die Zahl der Fliesenlegerbetriebe hat sich 2004 durch den Zustrom osteuropäischer Arbeiter mehr als verdoppelt. Nicht nur Gewerkschaftler sehen die Entstehung eines „Milliardenmarkts mit mafiösen Strukturen, Lohndumping und moderner Sklaverei“. Eine Risikofolgenabschätzung hat offenbar im Vorfeld der Währungsunion und Osterweiterung nicht stattgefunden.

Kurswechsel

Noch ist Zeit zum Kurswechsel. Das will die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft mit ihrer Reformagenda belegen. Durch effektive Anpassungen der Haushalts-, Steuer-, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik sei schon mittelfristig ein jährliches Wirtschaftswachstum von 2,6 % erreichbar. Zu den zentralen Empfehlungen zählen Steuersenkungen bei gleichzeitiger Streichung von Ausnahmetatbeständen, mehr Zukunfts- statt Sozialinvestitionen sowie die Orientierung der Lohnpolitik an der Produktivität. Was machbar ist, zeigt das Beispiel Dänemark. Dort hat sich die Arbeitslosigkeit durch konsequente Deregulierung halbiert.

Mut zur Wirklichkeit

Viele Politiker unterschätzen offenkundig die Einsichtsfähigkeit und Vernunft ihrer Wähler. Und die permanente Fokussierung auf demoskopische Umfragen, die mehr Stimmung als Überzeugung ermitteln, hemmt den Mut, auch unpopuläre Wahrheiten offen auszusprechen. Das Land steht vor der Entscheidung, seine Zukunft zu gestalten oder zu verspielen. Politische Rattenfänger reüssieren nicht, weil die fortschreitende Globalisierung alle Schlaraffenlandgespinste ins Märchenland der ideologischen Agitation verweist. Jede Regierung, die jetzt noch wider besseren Wissens blockiert und nebelt, bricht ihren Eid, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.

Ausgabe Mai 2005

Alibi-Stabilität

Die im März beschlossene „Reform“ des EU-Stabilitätspakts, die de facto seiner Abschaffung gleichkommt, wird sich als Lizenz zum Schuldenmachen erweisen. Die peinliche Alibi-Argumentation der Bundesregierung mit den Kosten der Wiedervereinigung erlaubt künftig auch den anderen EU-Ländern, in fast beliebiger Weise Ausnahmetatbestände für sich zu schaffen. Die dadurch erleichterte Euro-Einführung in den Osterweiterungsländern wird die Einheitswährung weiter aufweichen. Die „Financial Times“ kommentiert: „Der alte Pakt hat das Ziel solider Finanzen nicht erreicht, der neue versucht es nicht einmal mehr.“

Konjunkturschwäche

Banker sehen zunehmende Rezessionsgefahren in Deutschland. Angeblich sackte das industrielle Wachstum im März fast auf Null. Gleichzeitig habe sich der Stellenabbau weiter beschleunigt. Die schwache Inlandskonjunktur könne die bröckelnde Auslandsnachfrage nicht auffangen. Als Hauptbelastungen werden der (relativ) starke Euro und die Ölpreisexplosion genannt. Trotz nicht zu übersehender Inflationsrisiken soll die EZB die Leitzinsen senken. Die Wachstumsprognosen für Deutschland werden von den Instituten weiter zurückgenommen. Nur die Bundesregierung verteidigt mannhaft ihr inzwischen völlig illusorisches BIP-Ziel von 1,6 %.

Anspruchsdenken

Kennzeichnend für die deutsche Gemengelage ist, dass volkswirtschaftliche Selbstverständlichkeiten mittlerweile der besonderen Erwähnung bedürfen. Köhlers Brandrede vom 15. März verkörpert ein eindrucksvolles Beispiel. Dass eine „politische Vorfahrtsregel für Arbeit“ unverzichtbar ist bei der Grundsicherung der Sozialsysteme, darf als ebenso unstrittig gelten wie die Feststellung: „Der moderne Sozialstaat schützt vor Not, er gaukelt aber nicht vor, dem Einzelnen den einmal erreichten Lebensstandard garantieren zu können.“ Der Abschied vom langjährig gepflegten Anspruchsdenken fällt den Betroffenen naturgemäß schwer.

Zeichen an der Wand

Bis 2015 geht in der deutschen Industrie jeder zehnte Arbeitsplatz verloren. Zu diesem Ergebnis kommt der World Report Industrial Countries 2003-2015 des Prognos-Instituts. Auch beim Wirtschaftswachstum werde Deutschland in den nächsten zehn Jahren EU-Schlusslicht bleiben. Schon mittelfristig werden Länder wie Italien und Spanien das einstige Wirtschaftswunderland beim Pro-Kopf-Einkommen überholen. Wenn hierzulande nicht sehr bald die überfälligen Reformen erfolgen, droht bis 2011 der Abstieg im Wohlstands-Ranking auf den drittletzten Platz der EU-15. Nur noch Portugal und Griechenland werden dann hinter Deutschland rangieren.

Go east

Die Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen werden in diesem Jahr ein neues Rekordhoch erreichen. Einer DIHK-Umfrage zufolge planen 42 % der befragten 7.500 Firmen mehr Aktivitäten als im Vorjahr. Hauptziel sind dabei die neuen EU-Länder in Mittel- und Osteuropa. Auch die amerikanischen Unternehmen, die Produktionsstätten in Deutschland betreiben, wollen verstärkt in osteuropäische Niedriglohnländer verlagern. Als Motive werden vorrangig der hierzulande überregulierte Arbeitsmarkt, die Lohnkosten und die Steuerbelastung genannt.

Wirtschaftsfeindlich

Ein klares Bekenntnis der Grünen zum Industrie- und Dienstleistungsstandort Deutschland haben die Betriebsräte führender Großunternehmen gefordert. Ein Arbeitnehmervertreter von Bayer bezeichnete die grüne Behinderung der Gentechnologie als „absolute Sauerei“, die Arbeitsplätze vernichte. Das neu gebildete Betriebsräte-Forum, das eine Million Arbeitnehmer repräsentiert, warnt vor den „Gefahren des Ungleichgewichts zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem“. Ein bemerkenswertes Beispiel dafür, dass Mitbestimmung offenbar zunehmend auch als Mitverantwortung verstanden wird.

Vorbild

Als „Auslaufmodell“ hat der österreichische Finanzminister Deutschland bezeichnet. Die Alpenrepublik selbst hat ihre reformerischen Hausaufgaben offenkundig gemacht. Bei einer Neuverschuldung von „nur“ 1,2 % wuchs die Wirtschaft 2004 um 2 %. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt seit 1999 über dem deutschen Durchschnitt. Der Weg dahin führte über eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 45 Stunden, konsequente Wirtschaftsförderung, deregulierten Kündigungsschutz sowie Reformen der Gesundheits-, Renten- und Hochschulsysteme. Das Beispiel zeigt: Bei entsprechender politischer Konsequenz schlagen Reformen schon nach wenigen Jahren durch.

Absurdistan

Die EU-Antikorruptionsbehörde Olaf kommt in einer Untersuchung zu dem Schluss, dass die europäische Finanzhilfe an die palästinensische Autonomiebehörde nicht zur Unterstützung von Terror verwendet worden sei. Es sei aber möglich, dass die Unterstützung nicht im Sinne humanitärer Ziele eingesetzt wurde. Im Klartext: Nicht auszuschließen dürfte beispielsweise sein, dass vielleicht auch die privaten Konten von Arafats Ehefrau mit EU-Millionen bestückt worden sind.

Ausgabe Juni 2005

Alle Jahre wieder

Die Bundesregierung hat ihre Konjunkturprognose – wie üblich – deutlich zurückgenommen und im Wege der korrigierten Steuerschätzungen erhebliche Deckungslücken eingestanden. Neu an diesem Verfahren sind allenfalls die immer größeren Etatdefizitrekorde. Nach jetzigen Erkenntnissen tut sich bis 2008 bei Bund, Ländern und Gemeinden mit 53 Mrd. Euro das gewaltigste Haushaltsloch der Geschichte auf. Und der Bundesfinanzminister geriert sich wieder einmal wie die (fiskalpolitische) Unschuld vom Lande. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist nur noch eine Frage der Zeit, wird aber vor der NRW-Landtagswahl heftig dementiert. Die Vorsitzende der Grünen spricht eindeutig mehrdeutig von „der falschen Debatte zum falschen Zeitpunkt“.

Eines ist sicher

Eher beiläufig hat die Bundesregierung wissen lassen, dass die Liquidität der Rentenversicherung nur noch bis Juni „knapp gesichert“ sei. Folglich müssen erstmals schon im September erheblich mehr Steuergelder an die gesetzliche Alterskasse überwiesen werden als geplant. Auch hier wird weiter bewusst manipuliert. Grundlage für die neuen Berechnungen ist die korrigierte (aber immer noch illusionäre) Konjunkturprognose von 1 % für 2005. Mit anderen Worten: Im vierten Quartal muss erneut mit Steuermitteln nachgebessert werden. Wie nahe die Sozialsysteme hierzulande bereits an die Wand gefahren sind, scheint niemanden mehr aufzuregen. Nur der Vollständigkeit halber: Der Anteil am BIP, den Deutschland für soziale Zwecke ausgibt, ist von 28 % in 1991 auf knapp 33 % in 2003 gestiegen.

Zielführend

Erstmals hat die Bundesagentur für Arbeit eingeräumt, dass die Zahl der Arbeitslosen mit real 6,5 Millionen deutlich über der offiziellen Statistik liegt. Desillusionierend ist auch folgendes Statement der Bundesagentur: „Wir haben 2004 870.000 Arbeitsgenehmigungen erteilt für Beschäftigungen in Deutschland, bei

denen wir gesagt haben: Dafür finden wir keinen inländischen Arbeitslosen“. Kennzeichnend für die logische Stringenz unserer Arbeitsmarktpolitik angesichts der zunehmenden Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland ist die ungebrochene Neigung der Bundesregierung, die Grenzen für weitere Billigarbeitskräfte zu öffnen. So heisst es im jüngst unterzeichneten EU-Aufnahmevertrag wörtlich: „Deutschland wird sich bemühen, rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen verstärkt Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu gewähren.“

Globale Realitäten

Die Globalisierung bestimmt in unabänderlicher Weise das internationale Geschehen. Wenn Müntefering den Wahlbürgern mit dem Verweis auf einen „starken, regulierenden Staat“ soziale Naturschutzparks verspricht, so täuscht er längst nicht mehr bestehende Handlungsspielräume vor. Die grenzüberschreitende Verfügbarkeit von Arbeit bedroht auf Sicht weniger die Entwicklungsländer als reformunfähige Industrienationen, deren Wettbewerbsfähigkeit stetig abnimmt. Tatsächlich haben wir keine Wahl: Entweder wir organisieren uns neu – oder wir werden durch die globalen Marktgesetze „umstrukturiert“ mit unabsehbaren Folgen. Am Rande bemerkt: Hierzulande fließen inzwischen 57 % des Volkseinkommens an den Staat. Der FDP-Vorsitzende hat in diesem Sinne kommentiert: „Wer Deutschland für kapitalistisch hält, der hält Kuba auch für demokratisch“.

„Heuschrecken“

Ausländische Private-Equity-Firmen bewegen derzeit nur 0,7 % des deutschen BIP. Schon diese Zahl relativiert die moralisierend geführte „Heuschrecken“-Diskussion. Billigend in Kauf genommen hat der SPD-Vorsitzende bei seiner pauschalen Kapitalismus-Schelte offenbar eine Schwarz-Weiss-Polarisierung, die vor allem die vermeintlichen Stammwähler mobilisieren soll. Würden sich ausländische Investoren vom deutschen Markt fernhalten, so wäre in vielen Bereichen mit Instabilität und Preisverfall zu rechnen. Dazu ein Beispiel: Allein 2004 sind rund 300.000 Wohnimmobilien im Gesamtwert von über 13,5 Mrd. Euro durch internationale Fonds übernommen worden. Die Deutsche Bank rechnet bis 2010 mit dem weiteren Verkauf von etwa 1 Mio. Wohneinheiten.

„Schutz der Deutschen“

Urlauber, kommst du nach Fuerteventura, so werde nicht ernsthaft krank. Und wenn doch, so meide das Hospital General Puerto del Rosario, das in deutschen Fachkreisen mittlerweile bekannt ist für ärztliche Inkompetenz, arrogantes Gebaren und unverantwortliche Informationsblockaden. Erstaunliche Erfahrungen musste eine deutsche Familie, deren Angehöriger an den Folgen einer Falsch- bzw. Nichtbehandlung durch dieses Hospital verstorben ist, auch bei der diplomatischen Vertretung Spaniens in Deutschland machen. Die Bitte, eine Untersuchung der skandalösen Verhältnisse auf Fuerteventura durch die spanischen Gesundheitsbehörden zu initiieren, wurde in klassischer Bürokratenmanier abgeschmettert. Zuständig „für den Schutz der Deutschen in Spanien“, so schreibt der iberische Gesandte wörtlich, sei die deutsche Botschaft in Madrid. Nun ist es also amtlich: Das EU-Urlaubsland Spanien fühlt sich nicht für den Schutz ausländischer Touristen zuständig.

Von ganzem Herzen

Der noch amtierende Bundeskanzler hat im Vorfeld des Referendums versucht, den Franzosen die EU-Verfassung mit folgender Aussage schmackhaft zu machen: „In Deutschland haben wir von ganzem Herzen ja gesagt.“ Nicht für nötig hielt er den Hinweis, dass das deutsche Volk gar nicht gefragt worden ist, sondern lediglich Bundestag und Bundesrat. Fragwürdig ist auch, ob die deutschen Parlamentarier inhaltlich überhaupt wussten, worüber sie abzustimmen hatten. Wie viele Abgeordnete mögen die 500 Seiten starke, 448 Artikel umfassende EU-Verfassung gelesen, geschweige denn verstanden haben? Hätte es ein Referendum in Deutschland gegeben, so wäre eine hohe Ablehnungsquote wahrscheinlich gewesen. Bei der Telefon-Befragung einer großen Boulevardzeitung stimmten fast 97 % mit Nein.

Wachstumsbremse

Unter der Überschrift „Der Euro macht uns kaputt“ zieht der „Stern“ folgende Zwischenbilanz: „Die gemeinsame Währung schadet Deutschland und spaltet Europa. Der Euro bescherte uns hohe Preise und vernichtet Jobs. Die Mehrheit der Deutschen will die D-Mark zurück.“ Der Ökonom Wilhelm Hankel, der seinerzeit vergeblich gegen die Abschaffung der Mark geklagt hatte, meint: „Der Euro ist viel schlimmer als die Globalisierung“. Der frühere Thyssen-Chef Spethmann betrachtet die Einheitswährung als „Wachstumsbremse für Deutschland“. Und der Finanzwissenschaftler Peter Bohley merkt an: „Die Einführung des Euro muss als eine der größten wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen in Deutschland nach 1945 angesehen werden.“ Die „Financial Times“ schließt ein Auseinanderbrechen der Euro-Zone nicht mehr aus.

Überzeugungstäter

„Mut zum Untergang“ fordert der ifo-Chef von jeder neuen Bundesregierung. Sie müsse unpopuläre Entscheidungen treffen. In der gegenwärtig schwierigen Situation brauche das Land Überzeugungstäter. Sinn plädiert für eine große Koalition, weil „sich dann die jeweils andere Partei nicht durch Appelle an das Volksgewissen davon machen könne.“ Unverzichtbar sei auch, die EU-Erweiterung zu bremsen und die Macht der Gewerkschaften einzugrenzen.

Palastrevolution

Die drohende Erpressung durch den linken Flügel seiner Partei war Schröders Kernmotiv für die angestrebte Auflösung des Bundestags. Offenbar drohte nach dem NRW-Wahldesaster kurzfristig die offene Palastrevolution. Nur durch Neuwahlen glaubt man die Abspaltungskandidaten disziplinieren zu können. Als Selbstmord aus Angst vor dem Tod hat dies ein Kommentator bezeichnet. Was spielt da noch für eine Rolle, dass die Intentionen von Artikel 68 Grundgesetz durch dieses Taktieren konterkariert werden. So oder so marschiert das – wie ein Parteienforscher formulierte – „sinn- und begründungsloseste Regierungsbündnis seit Bestehen der Bundesrepublik“ in den Untergang.

Chuzpe

Endzeitstimmung macht sich in den rot-grünen Führungsetagen der Bundesministerien breit. Gleichwohl oder gerade deswegen lässt man die Seinen nicht verkommen. Kurz vor Toresschluss sollen allein im Gesundheits- und

Sozialministerium – entgegen der Empfehlung des Personalrats – noch schnell 126 Mitarbeiter auf höher dotierte (und einflussreichere) Posten befördert werden. Auch die Verbraucherministerin Künast hat kurzfristig 14 Spitzenpositionen neu besetzt. Und der Finanzminister hat seinen Büroleiter mal eben zum Geschäftsführer der Finanzagentur des Bundes (Jahreseinkommen: 200.000 Euro) gemacht. Zumindest in puncto Chuzpe setzt man mit dieser Parteibuch-Fürsorge nachhaltig Zeichen.

Problembherrsung

Die Lage der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden ist katastrophal. Der Bundesetat 2005 hat bei Gesamtausgaben von 254 Mrd. EUR eine strukturelle Unterdeckung von 60 Mrd. EUR. Bei elf Bundesländern sind die Haushalte nach Einschätzung von Experten mittlerweile verfassungswidrig. Zahlreiche Kommunen stehen vor dem Offenbarungseid. Offiziell belief sich der öffentliche Schuldenberg Ende 2004 auf insgesamt 1,43 Billionen EUR. Berücksichtigt man auch die Anwartschaften aus Sozialversicherungen, so betragen die Staatsverbindlichkeiten rund 9 Bio. EUR, also etwa das Vierfache des Bruttoinlandsprodukts. Auch Hans Eichel hat die Haushaltslage zwar mittlerweile als „dramatisch“ identifiziert, gleichzeitig aber verkündet, er „beherrsche die Probleme“. Na dann ist es ja gut.

TV & IQ

Die durchschnittliche Sehdauer der TV-Zuschauer ist 2004 zum fünften Mal in Folge gestiegen. Mit 210 Minuten erreichte die tägliche Fernsehnutzung einen neuen Rekordwert. Kinder zwischen drei und 13 Jahren hockten durchschnittlich 93 Minuten vor der „Glötze“. Möglicherweise besteht ein Zusammenhang zu den Ergebnissen einer anderen Untersuchung, der zufolge der Intelligenzquotient der Deutschen seit 1999 stetig abnimmt. Dazu eine (fiktive) Straßenbefragung: „Sind Sie auch der Meinung, dass Ignoranz und Desinteresse typische Phänomene unserer Zeit sind?“ Antwort: „Weiss ich nicht. Interessiert mich auch nicht.“

Ausgabe August 2005

Staatstheater

Das absurde SPD-Theater der letzten Wochen ist selbst mit der Chaostheorie nicht mehr zu erklären. Da lässt sich ein Bundeskanzler im Bundestag von seinen rot-grünen Anhängern das Misstrauen aussprechen, während seine parteiinternen Widersacher, die seit Monaten eine Palastrevolution planen, scheinheilig ihr Vertrauen vortäuschen. Die „Welt“ spricht von einer Dialektik des Irrsinns. Kurz darauf präsentiert die SPD ihr „Wahlmanifest“, das im diametralen Gegensatz steht zur „Agenda 2010“, über deren Fortsetzung das Volk - laut Schröder - im September abstimmen soll. Neue Wahlgeschenke werden angekündigt, die – im Falle ihrer Realisierung – eine zusätzliche Welle der Neuverschuldung auslösen würden. Der Aufbruch in die Vergangenheit, der nur noch dem Machterhalt dient, wird mit dem schon zynisch anmutenden Motto „Vertrauen in Deutschland“ vernebelt. Der alte Begriff der „Reichsverweser“ bekommt eine ganz neue Bedeutung.

„Veruntreute Zukunft“

Als Farce und Dokument des Scheiterns bezeichnet der „Spiegel“ den von Rot-Grün vorgelegten Haushalt 2006. Das Blatt weiter: „Der Staat ist so gut wie pleite, er lebt

von der Substanz und auf Kosten künftiger Generationen.“ Nur durch das Verschern von restlichem Tafelsilber in Rekordhöhe von 30 Mrd. EUR soll es 2006 gelingen, die zusätzliche Nettokreditaufnahme auf 21,5 Mrd. EUR zu begrenzen. Die amtierende Bundesregierung geht davon aus, dass Deutschland auch in den nächsten drei Jahren gegen den EU-Stabilitätspakt verstoßen werde. Mit dieser „Nach mir die Sintflut“-Politik steuert die Bundesrepublik in eine existentielle Krise. Wer als Politiker jetzt noch ungedeckte Schecks in Form neuer sozialer Wohltaten verteilt, leidet – freundlich formuliert – unter totalem Realitätsverlust.

Verschwiegener Appell

Mit einem historisch einzigartigen Appell haben 241 deutsche Wirtschaftsprofessoren die Politiker aufgefordert, den Wählern die Wahrheit über die Strukturkrise zu sagen. Die Hochschullehrer warnen ausdrücklich davor, „Illusionen zu erzeugen und die Akzeptanz notwendiger Reformen zu untergraben.“ Die wirtschaftspolitische Debatte in Deutschland leide unter einem erschreckenden Mangel an ökonomischem Sachverstand. Die Autoren empfehlen äußerste Lohnzurückhaltung sowie einen strikten Sparkurs mit weitreichenden Einschnitten in allen Bereichen. Wer Gegenteiliges behaupte, führe die Bürger in populistischer Weise in die Irre. In zehn Thesen fassen die Professoren den aktuellen Handlungsbedarf zusammen. Die Massenmedien haben es – bis auf einige Ausnahmen – nicht für nötig gehalten, die Bevölkerung über diesen dramatischen Aufruf der neutralen Experten zu informieren.

Political Correctness

Mit kritischem Blick auf den Wahlkampf hat der Bundespräsident angemerkt: „Zu lange hat die ‚Political Correctness‘ den Weg zur Ursachenbekämpfung verstellt, und die Politik hat sich auf Symptom-Therapie beschränkt. Ich glaube, dass die jahrzehntelange Politik des Übertünchens gescheitert ist.“ Und Köhler äußert die Hoffnung, dass die Deutschen reif genug seien, sich den notwendigen Veränderungen zu stellen, weil sie die Dimensionen erkannt hätten. Hier stellt sich die Kernfrage nach der Reformfähigkeit von demokratisch bestimmten Sozialsystemen. Hat eine Politik, die den Bürgern schmerzhaft Wahrheiten offenbart und unpopuläre Sparmaßnahmen ankündigt, überhaupt noch eine Chance, per freier Wahl an die Schalthebel der Macht zu gelangen und das Unvermeidliche zu tun?

Symbolik

Prof. Rürup, der Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, hat die von der SPD angekündigte „Reichensteuer“ als reine Symbolpolitik ohne ökonomischen Sinn und mit nur bescheidenem Fiskal-Effekt bezeichnet. Er ruft in Erinnerung, dass schon heute die 10 % der Steuerzahler mit den höchsten Einkommen über 50 % des gesamten Einkommensteueraufkommens generieren. Und er verweist auf den globalisierungsbedingten Steuerwettbewerb um Kapital und qualifizierte Arbeitskräfte. Tatsache ist: Die deutsche Effektivbelastung bei Körperschaft- und Gewerbesteuer von 36 % ist höher als in allen anderen europäischen Ländern.

Machbarkeit

Das Institut der deutschen Wirtschaft hält ein dauerhaftes Trendwachstum von 2,5 % in Deutschland für machbar, falls die neue Bundesregierung ein umfassendes Reformkonzept startet. Unabdingbar sei zunächst ein Haushaltssicherungsgesetz als Grundlage für die Konsolidierung der Staatsfinanzen. Das IW ist übrigens der Überzeugung, dass bisher maximal 20 Prozent des erforderlichen Reformpakets

realisiert worden seien. Es bleibt also noch viel zu tun, um den Tanker wieder auf Kurs zu bringen.

Nichts wissen

Wissen ist Macht – und nichts wissen macht auch nichts, pflegten die Spontis früher zu sagen. Der Berliner Philosophieprofessor Volker Gerhard definiert die heutige Lage so: „Deutschland ist eine Wissensgesellschaft, die eigentlich nichts wissen will, und eine Risikogesellschaft, die das Wagnis moralisch tabuisiert.“

Ausgabe September 2005

Weiter so?

Deutschland steht vor einem heißen Herbst. Der Ausgang der willkürlich herbeigeführten Neuwahlen ist wieder offen. Die „bürgerlichen“ Oppositionsparteien, die ihren Aufschwung in der Wählergunst vorrangig der Unfähigkeit der amtierenden Bundesregierung zu verdanken haben, verlieren an Boden. CDU und CSU verzetteln sich in eher zaghaften Politkorrekturen. Die FDP wird trotz vernünftiger Programmatik in der breiten Öffentlichkeit kaum noch wahrgenommen. Die konträren SPD-Flügel verbindet lediglich der verzweifelte Wille zum Machterhalt. Der Wahlkämpfer Schröder zeigt in dieser desolaten Situation als begnadeter Selbstdarsteller erstaunliches Verdrängungs- und Stehvermögen. Die Grünen schleichen sich aus der politischen Verantwortung für sieben weitgehend verlorene Jahre. Lafontaine und Gysi gaukeln ihrer frustrierten Klientel eine völlig irrealer Machbarkeit zusätzlicher sozialer Wohltaten vor. Deutschland ist zum Sanierungsfall geworden. Allgemein fehlt der Mut, die Bürger über den Ernst der Lage und die Unvermeidbarkeit einer umfassenden Erneuerung aufzuklären.

Aufrichtigkeit

Führende deutsche Wirtschaftsforschungsinstitute haben die Parteien angesichts leerer Staatskassen zu mehr Aufrichtigkeit im Wahlkampf aufgefordert. Ohne Einschnitte ins soziale Netz und ohne die Streichung von Steuerprivilegien seien die EU-Defizitregeln in den kommenden Jahren nicht einzuhalten. Ein Blick auf den Bundeshaushalt 2005 zeigt die gefährliche Ausgabendynamik: Fast 64 % aller verfügbaren Mittel werden bereits für den Sozialbereich und Zinszahlungen ausgegeben. Für Zukunftsausgaben wie Bildung, Forschung und Infrastruktur bleiben lediglich 13,9 % übrig.

Soziale Drogen

„Wer die ökonomische Krise beim Namen nennt, nichts verspricht außer berechtigtes, kompetentes Kümmern, hat heute größere Chancen, gewählt zu werden, als noch vor ein paar Jahren.“ Diese Meinung des Politologen Karl-Rudolf Korte mag für den aufgeklärten Bürger zutreffen. Ob sie für die große Mehrheit gilt, erscheint zweifelhaft. Die „Westdeutsche Zeitung“ merkt dazu an: „Es ist wie ein politisches Naturgesetz der Republik, das keine Partei missachtet, die neue Linkspartei sogar zum Kult erhebt: Je mehr eine Partei umverteilt, desto größer ihre Popularität. Je größer die Abhängigkeit der Bürger von der Droge staatlicher Alimentation, desto größer die Macht ihres Dealers.“

„Reine Machtmenschen“

Die 68er haben auf dem langen Marsch durch die Institutionen mehr erreicht, als sie zu hoffen gewagt haben. Davon zeugt vorrangig die Tatsache, dass sich die rot-grüne Bundesregierung im Wesentlichen aus Vertretern dieser Gruppe zusammensetzt. Die anfänglich auch in bürgerlichen Kreisen weit verbreitete Sympathie für den unkonventionellen Lebensstil und die sprachliche Schnoddrigkeit der APO-Opas ist mittlerweile der ernüchternden Erkenntnis gewichen, dass angemaßtes Gutmenschentum, ideologische Gleichschaltung und die Diktatur der Political Correctness nicht ausreichen, um ein komplexes Gemeinwesen kompetent zu regieren. Der streitbare Dominikanerpater Basilius Streithofen bezeichnet Schröder und Fischer im „Stern“ als „reine Machtmenschen und Laienschauspieler“, deren Wirken durch „Geschwätzigkeit, Disziplinlosigkeit, Wichtigtuerei und Feigheit“ geprägt sei.

„Fachgespräch Maikäfer“

Prototypisch für die rot-grüne Rat- und Orientierungslosigkeit ist auch die schon manische Neigung zur Problemverlagerung auf Arbeitskreise, Ausschüsse und ähnlich hilfreiche Einrichtungen. Auch im Kongresswesen kann die amtierende Bundesregierung stolze Rekorde verzeichnen: So wurden in sieben Jahren über 6.500 Tagungen, Symposien und Konferenzen als – so wörtlich – „unverzichtbare Elemente des politischen Diskurses“ veranstaltet bzw. finanziell gefördert. Dazu gehörten ein „Fachgespräch Maikäfer“ und das „Kolloquium Apfel und Kirsche“. Eine externe Überprüfung des Nutzens dieser Veranstaltungen hat übrigens „aus Kostengründen“ nicht stattgefunden.

Bürokratur

Clements Masterplan Bürokratieabbau hat per Saldo zu keinen Entlastungen der deutschen Wirtschaft geführt. Im Gegenteil: Zwar wurden in den Jahren 2003 und 2004 55 Gesetze und 233 Rechtsverordnungen abgeschafft, gleichzeitig traten aber 280 neue Gesetze und 903 Rechtsverordnungen in Kraft. Einer aktuellen Studie zufolge müssen deutsche Kleinbetriebe pro Mitarbeiter und Jahr rund 4.300 Euro für administrative Tätigkeiten berappen.

Misstrauensvotum

Die Stimmung in deutschen Landen ist zunehmend gedrückt. Das schlägt sich in einer allgemeinen Vertrauenskrise nieder. Laut Allensbach-Institut misstrauen die Bundesbürger der Bundesregierung zu 85 %, den Gewerkschaften zu 81 % und der Opposition zu 78 %. Einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung zufolge sorgt sich mehr als die Hälfte der Jugendlichen um ihre berufliche Zukunft. Und die „Welt“ meldet, dass sich 42 % der Deutschen vorstellen können, ihr Heimatland zu verlassen. Fatale Schlaglichter, die betroffen machen.

Ausgabe Oktober 2005

Systemfrage

Zum Zeitpunkt der Entstehung dieser Kolumne war der Ausgang der „Schicksalswahl“ völlig offen. Schwarz-Gelb hatte seinen Vorsprung in den Wahlumfragen eingebüßt, so dass eine große Koalition nicht mehr als unwahrscheinlich erschien. Auch Rot-Rot-Grün wurde von Insidern trotz gegenläufiger Beteuerungen der SPD-Führung nicht mehr ausgeschlossen. Jenseits

aller Farbenspiele gilt für jede neue Bundesregierung, die ihren Amtseid ernst nimmt: Den zaghaft begonnenen und wahltaktisch versandeten Reformen muss jetzt endlich ein umfassendes Erneuerungsprogramm folgen, das sich an veränderten Rahmenbedingungen und Notwendigkeiten orientiert, nicht aber an ideologischen und sozialen Blütenträumen. Paul Kirchhof hat es auf den Punkt gebracht: „Wenn wir in den nächsten vier Jahren keine Trendwende zum Besseren zustande bringen, dann stellen die Menschen die Systemfrage.“

Lage der Nation

Angeblich hat die CDU im Wahlkampf ein brisantes Gutachten zur Haushaltslage des Bundes unter Verschluss gehalten. Danach soll die wirkliche Finanzsituation noch katastrophaler sein als bislang angenommen. Die CDU habe die Bürger bewusst vor diesen grausamen Wahrheiten „verschont“, um die Angst vor drastischen sozialen Einschnitten nicht explodieren zu lassen. Tatsache ist: Die ganze Wahrheit gehört auf den Tisch, um den Deutschen die Notwendigkeit einschneidender Veränderungen plausibel zu machen.

Strukturprobleme

Die deutsche Malaise lässt sich in wenigen Kennzahlen zusammenfassen: Lag das jährliche Wirtschaftswachstum in den 70er Jahren noch bei durchschnittlich 2,8 %, so sank das Leistungsbarometer in den 80ern auf 2,5 % und in den 90ern auf 1,4 %, um sich im neuen Jahrtausend mit bisher 0,6 % der Null-Linie anzunähern. Spiegelbildlich dazu ist die Arbeitslosigkeit von 0,7 Mio. in den 70ern auf jetzt offiziell 4,7 Mio., tatsächlich aber über 7 Mio. gestiegen, gleichzeitig marschierte man mit Volldampf in den Schuldenstaat. Ende August hat Eichel für das laufende Jahr mit 3,7 % erneut einen Verstoß gegen die EU-Stabilitätskriterien nach Brüssel gemeldet. Ab 2006 bestehe eine dauerhafte Unterdeckung von 45 Mrd. Euro.

„Weiter so“-Perspektive

Wenn Bund und Länder ihre Haushaltspolitik nicht zügig und dauerhaft ändern, wird der Schuldenstand alle bisherigen Dimensionen sprengen. Bei einer „Weiter so“-Politik würde die Verschuldung der öffentlichen Haushalte 2020 109% des BIP erreichen, 2030 fast 160%. Dem Maastricht-Vertrag zufolge dürfen aber die Schulden 60% der jährlichen Wirtschaftsleistung nicht übersteigen. Bemerkenswert, dass diese fatale Perspektive im Wahlkampf keine Rolle gespielt hat.

Hart am Limit

Mehr als 3 Mrd. Euro musste die Bundesregierung kürzlich den Rentenversicherern vorzeitig zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit überweisen. Inzwischen finanzieren die Steuerzahler schon 40 % der Rentenzahlungen. Wie kritisch sich die Lage zugespitzt hat, zeigt die Aussage eines Verbandsvertreters, demzufolge die Versicherer „innerhalb weniger Stunden“ Bundesmittel brauchen, wenn es eng werde. Derzeit sind knapp 24 Mio. Renten zu finanzieren von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, deren Zahl seit 1995 um fast 2 Millionen auf 26,4 Millionen gesunken ist. Ohne tiefgreifende Reformen wird das System in absehbarer Zeit kollabieren.

Bankrott

Trotz der Vielzahl existentieller Großbaustellen, die im Wesentlichen durch ein öffentlich gefördertes Leben über die Verhältnisse verursacht wurden, versprechen Lafontaine und Gysi ihrer Klientel weitere soziale Wohltaten. Der kolumbianische Philosoph Dávila hat einmal angemerkt: „Das Volk wählt nicht den, der es heilt,

sondern den, der ihm Drogen gibt.“ Ex-SPD-Chef Scharping hält Lafontaine für „einen zerstörerischen und verantwortungslosen Charakter“. Günter Schabowski, als früheres Mitglied des SED-Politbüros Kenner der Materie, bezeichnet die PDS als „Kaderpartei in kommunistischer Tradition“. Sie wolle nicht akzeptieren, dass die DDR an sich selbst und nicht an imperialistischen Ränken des vermeintlichen Klassenfeindes gescheitert sei. Schon 1989 habe eine Krisenanalyse der SED bilanziert, dass selbst eine Senkung des allgemeinen DDR-Lebensstandards um bis zu 30 % die Zahlungsunfähigkeit des Systems nicht verhindern könne.

Land des Hechelns

Der „Spiegel“ befasst sich unter der Überschrift „Die zerredete Republik“ mit den interaktiven Ritualen von Wahlkämpfen und Medien. Als „systemimmanente Inhaltsleere“ bezeichnet das Blatt den allgegenwärtigen Talk-Show-Wahn in deutschen Landen. Und der Präsident des Bundesverfassungsgerichts warnt vor einer „zunehmenden Herrschaft der Bilder“ im Polit-Bereich. Der Trend gehe „zur Informationsverdünnung, zur Simplifizierung, wenn nicht sogar Unterdrückung jedes halbwegs komplexen Stoffes und zur Personalisierung von Sachproblemen“. Insofern sei auch das TV-Kandidaten-Duell um die Kanzlerschaft „nur logische Konsequenz und Tiefpunkt einer Medien-Demokratie, in der die Inszenierung alles, der Inhalt nicht allzu viel bedeutet.“

Ausgabe November 2005

Das deutsche Problem

Der „Spiegel“ bringt die Ursachen der Malaise folgendermaßen auf den Punkt: „Die Deutschen fürchten offenbar nichts mehr als die Stunde der Entscheidung. Nicht nur die Institutionen Bundestag und Bundesrat, auch der Souverän selbst ist Teil der blockierten Republik. Er wünscht sich den Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und zuckt an dem Tag zusammen, an dem dieser Kampf mit neuer Kraft aufgenommen werden soll. Er will weniger Steuern zahlen, aber alle steuerlichen Privilegien behalten. Er wünscht sich mehr Flexibilität, aber nur im Lebensbereich der anderen. Er votiert in den Befragungen der Demoskopien für Reformen aller Art, um sich beim Auftauchen eines leibhaftigen Reformers wie des Steuerpapstes Paul Kirchhof entsetzt abzuwenden.“

Wahlkampf-Logik

Wohl unvermeidlich unterliegt der Wahlkampf in Demokratien speziellen Gesetzmäßigkeiten, die mit Wahrheit und Klarheit immer weniger zu tun haben. Der „Spiegel“ führt die erstaunliche Erholung der SPD in der Wählergunst auf folgendes Phänomen zurück: „Die gesamte Wahlkampf-führung der SPD basierte auf der Fiktion einer Alternative zur Reformpolitik, die es nicht geben kann. Schröder machte Wahlkampf gegen sich selbst. Der Agenda-Kanzler wurde in den Hintergrund gedrängt, die Bühne gehörte den Traditionsgenossen.“ Dagegen erklärt das Emnid-Institut des schwache Abschneiden der Union mit dem von Angela Merkel geführten „Wahlkampf der neuen Ehrlichkeit“, der zudem schlecht umgesetzt worden sei.

Schlusslicht

Die neue Bundesregierung ist zum Sparen verurteilt. Fachleute sehen das Minimum der jährlichen Kostensenkung dauerhaft bei mindestens 25 Mrd. EUR. Einer neuen

IWF-Studie zufolge wird Deutschland das Stabilitäts-Kriterium einer Neuverschuldung von maximal 3 % des BIP bis 2010 verfehlen. Seine vor wenigen Monaten abgegebene Wachstumsprognose für 2006 hat der Währungsfonds jetzt drastisch auf nur noch 1,2 % gesenkt. Damit bliebe Deutschland weiterhin Schlusslicht unter den großen Industrieländern. Vor diesem Hintergrund fordert der IWF eine konsequente Fortsetzung der Reformpolitik.

Ohnmacht

Führende deutsche Ökonomen haben vor einem Reformstillstand gewarnt. Höchst unterschiedlich fallen die Erwartungen aus, ob eine große Koalition die gewaltigen Aufgaben wegen ihrer parteipolitischen Divergenzen überhaupt lösen könne. Die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer rechnet mit einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen. Man stelle sich ein auf eine weitere Abkühlung des Konsumklimas, die verstärkte Jobverlagerung ins Ausland sowie zunehmende Investitionen jenseits der Grenzen. Der Politologe Karl-Rudolf Korte bezeichnet die Ohnmacht der Politiker als „das Dilemma moderner Politik: Man wisse zwar fast alles, könne aber fast nichts tun“. Angesichts der Staatsverschuldung und der Globalisierungszwänge reduziere sich der Gestaltungsspielraum.

Überschuldung

Den „Verteilungsstaat am Ende“ sieht die „FAZ“ in einem bemerkenswerten Artikel. Das Blatt verweist darauf, dass das Land 1966 letztmalig einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorweisen konnte. Danach begann mit zunehmendem Tempo der Marsch in den Schuldenstaat, der bisher 1,45 Bio. Euro erreicht hat. Die Steuereinnahmen reichen 2006 noch nicht einmal mehr aus, um die Schuldzinsen, Personal- und Sozialausgaben zu tragen. Blieben die Parameter unserer Volkswirtschaft unverändert, wird sich der Trend zur Überschuldung des Gemeinwesens selbst in Wachstumsphasen weiter verschärfen. Die „FAZ“ weiter: „Wenn keine nachhaltige Wende erfolgt, steht der Fortbestand des demokratischen Rechtsstaats auf dem Spiel“.

Scheues Reh

Einer Bankstudie zufolge werden die Privathaushalte in den nächsten fünf Jahren rund eine Billion Euro an ihre Nachkommen vererben. Von 2011 bis 2015 sei sogar mit 1,3 Billionen Euro zu rechnen. Ende 2004 verfügten die Deutschen über ein Privatvermögen von fast 10 Bio. Euro, also 65 % mehr als 1991. Fast die Hälfte entfiel auf Immobilien, 41 % auf Geldvermögen. In diesem Land besteht also eine beeindruckende Kaufkraft, die allerdings wegen der allgemeinen Verunsicherung nur sehr zurückhaltend in den Konsum fließt. Anlass zur Sorge gibt auch die zunehmende Kapitalflucht. So sind im ersten Quartal 2005 Mittel im Rekordwert von 150 Mrd. Euro abgeflossen. Damit haben sich die Netto-Kapitalexporte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fast verdoppelt.

Alle Jahre wieder

Same procedure as every year: Alljährlich legt der Bund der Steuerzahler sein Schwarzbuch über öffentliche Verschwendung vor. Über 30 Mrd. Euro seien 2004 von Bund, Ländern und Gemeinden für fragwürdige und unsinnige Projekte verschleudert worden. Ein Rückgang der öffentlichen Misswirtschaft sei nicht erkennbar. Der Steuerzahlerbund verlangt folgerichtig, derartige Vergeudungen als Amtsuntreue unter Strafe zu stellen. Tatsächlich aber ist wohl nicht mit Konsequenzen zu rechnen. Es bleibt alles beim Alten – bis zur Vorlage des neuen

Schwarzbuches im nächsten Jahr.

Ausgabe Dezember 2005

Spar-Politik

Als „Schicksalsfrage“ hat Angela Merkel die Sanierung der Staatsfinanzen bezeichnet. Ein Scheitern von Schwarz-Rot in diesem Bereich würde die Existenz der großen Volksparteien gefährden. Sparen – so das alltägliche Koalitions-Credo – ist das Gebot der nächsten Jahre. Damit sind bisher jedoch kaum Kostensenkungen gemeint, sondern vorrangig höhere Steuern und Abgaben. Warum verabschiedet eine neue Regierung eigentlich nicht als erste Tat ein wirksames Programm gegen den missbräuchlichen Bezug von Sozial- und Gesundheitsleistungen, gegen Umsatzsteuer- und Subventionsbetrug sowie gegen die öffentliche Verschwendung von Steuermitteln, die laut Steuerzahlerbund 30 Mrd. Euro p.a. ausmacht? Die hier realisierbaren Einsparungen würden die dramatische Haushaltslage schlagartig entschärfen.

Historische Pflicht

Als vor zwei Jahren an dieser Stelle erstmals vor dem Weg in die Staatskrise gewarnt wurde, wurde der Chronist vereinzelt der Schwarzmalerei geziehen. Inzwischen zählen Begriffe wie Staatsbankrott und Gefährdung des Gemeinwesens zum allgemeinen Sprachgebrauch in Politik und Medien. Vor allem seit der Bundestagswahl glaubt man offenbar, dem Wähler die Wahrheit zumuten zu können. Die Koalitionsvereinbarungen mögen sozial ausgewogen sein, volkswirtschaftlich schlüssig sind sie nicht. Auch bei der überfälligen Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sind keine nennenswerten Fortschritte erkennbar. Gleichwohl steht die vom Wählervotum programmierte große Koalition jetzt vor der historischen Verpflichtung, das Land auf Kurs zu bringen.

Anhaltende Flaute

Mehr Reformbereitschaft fordern die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute von der neuen Bundesregierung. Der Staat solle die Eigenverantwortung von Bürgern und Unternehmen stärken, die Staatsausgaben kürzen, wachstumsfördernde Investitionen ausweiten, Subventionen streichen sowie eine Steuerreform mit Tarifsenkungen angehen. Die zu hohe Staatsquote und Staatsverschuldung seien hauptursächlich für das niedrige Wachstum. Ihre Prognose für 2006 haben die Sachverständigen von 1,5 auf 1,2 % gesenkt. Die Konsumflaute werde in ihr fünftes Jahr gehen, was es in der Geschichte der Bundesrepublik bisher nicht gegeben habe. Der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank hat in gebotener Deutlichkeit das „Versagen der deutschen Wirtschaftspolitik“ kritisiert, das sich in mangelnder Flexibilität am Arbeitsmarkt, überbordender Bürokratie und einem vollkommen unübersichtlichen Steuersystem niederschlägt.

Rote Laterne

Bisher ist Deutschland bei der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit kaum voran gekommen. Im Standort-Check der Bertelsmann-Stiftung landet das ehemalige Wirtschaftswunderland in diesem Herbst erneut auf dem letzten Platz der untersuchten 21 Industrieländer. Die Staatsverschuldung liege – gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt – mit jetzt 71,6 % fast 24 % höher

als 1994. Daher sei die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte oberstes Gebot. Während Irland mit 112 Punkten ganz oben auf dem Erfolgsindex rangiert, kommt die Bundesrepublik gerade einmal auf 67 Punkte. Zeitgleich ist Deutschland auf dem aktuellen Ranking „Institutional Investor“ der Kreditwürdigkeit vom 10. auf den 13. Platz zurückgefallen.

Integrations-Illusionen

Als „Europas Lebenslüge“ hat Prof. Bassam Tibi die ideologisch verbrämte Scheinintegration ausländischer Zuwanderer bezeichnet. In Frankreich führe eine ganze Generation afrikanischer Muslime Krieg gegen die Gesellschaft, die ihre Eltern und Großväter aufgenommen habe. Die seit Jahren bewusst unterdrückte Diskussion müsse ohne die Zensur der Political Correctness neu aufgenommen werden. Europa benötige wegen des Bevölkerungsrückgangs Migranten, aber keine Armutsflüchtlinge, die in das Sozialsystem einwandern. Europa brauche vielmehr Integration und gesteuerte Zuwanderung.

Medienmacht

„Information“ ist in vielen Medienbereichen zur Handelsware verkümmert. Nicht die Bedeutung von Nachrichten entscheidet, sondern die Vermarktbarkeit im Hinblick auf Auflage und Quote. Der Trend geht zur Inszenierung und Manipulation. Im alltäglichen Info-Müll wird es immer schwieriger, die relevanten Botschaften herauszufiltern. Gleichzeitig wächst die Neigung in den Massenmedien, die Macht der Meinungsbildung ganz gezielt zu nutzen für eigene politische und kommerzielle Interessen. Mit der staatspolitisch wichtigen Rolle der vierten Gewalt hat dieses Selbstverständnis kaum noch etwas zu tun.

Heuschrecken?

Die Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG) hat ihre Immobilientochter Baubecon und knapp 23.000 Wohnungen für über 1 Mrd. Euro verkauft. Diese Meldung verdient eigentlich keine besondere Erwähnung. Oder doch? Interessanterweise handelt es sich bei dem Erwerber Cerberus um einen der weltgrößten Finanzinvestoren, der bereits 110.000 Wohnungen in Deutschland besitzt. Im Wahlkampf hat Müntefering diese Art von Investoren als Heuschrecken bezeichnet.